

89.011

Lebensmittelgesetz. Revision**Loi sur les denrées alimentaires.
Révision**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 30. Januar 1989 (BBI I 893)
Message et projet de loi du 30 janvier 1989 (FF I 849)

Beschluss des Ständerates vom 2. Oktober 1990
Décision du Conseil des Etats du 2 octobre 1990

Kategorie V/III, Art. 68 GRN – Catégorie V/III, art. 68 RCN

Herr **Dietrich**, Berichterstatter, unterbreitet schriftlich das folgende Eintretensreferat:

Das aus dem Jahre 1905 stammende Lebensmittelgesetz soll nach einer Vorbereitungszeit von über 15 Jahren total revidiert werden. Der Ständerat hat der Vorlage des Bundesrates am 2. Oktober 1990 mit wenigen Änderungen zugestimmt.

1. Das geltende Gesetz

Das geltende Lebensmittelgesetz aus dem Jahre 1905 ist ein reines Kontrollgesetz. Im Zeitpunkt der Inkraftsetzung zu Beginn dieses Jahrhunderts wurden die Lebensmittel zum grössten Teil am gleichen Ort hergestellt, verkauft und verzehrt. Probleme stellten zu jener Zeit vor allem Täuschungen von Konsumenten durch verfälschte oder minderwertige Lebensmittel und Surrogate wie Kunsthonig, Kunstmost usw. dar. Die gesamte materielle Regelung des Lebensmittelrechts liegt also im Kompetenzbereich des Bundesrates, der denn im Verlaufe der Jahrzehnte von seiner Verordnungskompetenz auch regen Gebrauch machte. Die gültige Lebensmittelverordnung enthält 490 Artikel. Sie gilt im internationalen Vergleich trotz ihrer Unsystematik und Unübersichtlichkeit als eine der vollständigsten und ausgewogensten.

2. Gründe für die Totalrevision des Gesetzes

Wenn sich ein totalrevidiertes Gesetz trotzdem aufdrängt, sind dafür die folgenden wesentlichen Gründe anzuführen:

2.1 Die in der modernen Gesellschaft weitverbreitete Erkenntnis über die Bedeutung der Ernährung für die Gesundheit: Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Fortschritte der Lebensmitteltechnologie, der Wohlstand, die Internationalisierung der Küche zu einem fast unüberblickbaren Angebot an Lebensmitteln aus allen Gebieten dieser Erde geführt. Trotz dieser Vielfalt ist ein grosser Teil der schweizerischen Bevölkerung gemäss den Ernährungsberichten des Bundesamtes für Gesundheitswesen daran, sich falsch zu ernähren. Die Gesundheitsgefährdung durch Fehlernährung ist gemäss wissenschaftlichen Erhebungen sehr viel höher einzuschätzen als die übrigen Risikofaktoren, wie bakterielle Lebensmittelvergiftungen, natürliche Inhaltsstoffe und Toxine, Pestizidrückstände, Schwermetalle und Zusatzstoffe.

Durch Sensationsmeldungen und «Skandale» gewichten viele Konsumenten diese Risiken falsch. Zweifellos interessiert sich der Konsument zunehmend für Fragen der Qualität von Lebensmitteln, für die Problematik von Umwelteinflüssen, Rückständen in Lebensmitteln und umstrittenen Produktionsmethoden (Bestrahlung, Gentechnologie, Hors-Sol-Produktion).

Im Gegensatz zum Ständerat will die Kommission dem Bundesrat folgen, der in Artikel 10 vorschlägt, die Öffentlichkeit über ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse besser zu informieren.

2.2 Die internationalen Verflechtungen bei der Gewinnung, Beschaffung und Herstellung von Rohstoffen, Halbfertig- und Fertigfabrikaten – auch im Blick auf EWR/EG/Gatt.

2.3 Die gewaltigen Fortschritte auf dem Gebiet der Analytik, die es gestatten, praktisch alle Probleme beim Nachweis und bei der Bestimmung von Lebensmittelbestandteilen, Verunreinigungen und Rückständen anzugehen und zu lösen.

2.4 Die in den letzten Jahren vorgekommenen Fehlleistungen und Misserfolge (Hormone, Listerien, Glykol) und insbeson-

dere die Auswirkungen der Ereignisse von Tschernobyl. Damit im Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit, Krisensituationen koordiniert und nach einheitlichen Massstäben zu bewältigen.

2.5 Die Notwendigkeit, die Zuständigkeitsbereiche und den Gesetzesvollzug basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen klar und eindeutig zu regeln.

2.6 Die sozialen, demographischen und ökonomischen Veränderungen in unserem Land wirken sich laufend auch auf den Lebensmittelsektor aus. In den vergangenen Jahren der Hochkonjunktur hat besonders auch die Nachfrage nach verarbeiteten, vorfabrizierten Produkten zugenommen. Der Ausser-Haus-Verpflegung, besonders in Personalrestaurants, Mensen und Kantinen, kommt ständig vermehrte Bedeutung zu. Die technologischen Veränderungen in Produktion, Zubereitung und Konservierung von Lebensmitteln sind gewaltig.

Dazu einige statistische Angaben:

– 1950 betrug die Ausgaben für Nahrungsmittel in der Haushaltrechnung Unselbständigerwerbender annähernd 30 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben, während sie 1986 noch 12,5 Prozent ausmachten.

– Das Lebensmittelsortiment eines schweizerischen Grossverteilers hat in den letzten 15 Jahren von 3000 auf 6500 Artikel zugenommen.

– Die Abteilung Lebensmittelkontrolle des Bundesamtes für Gesundheitswesen hat jährlich Hunderte neuer Produkte zu prüfen, wobei in den letzten Jahren ein eigentlicher Boom bei Light-Produkten, diätetischen und vitaminisierten Lebensmitteln und bei der Sport-Zusatzernährung festzustellen ist.

3. Das neue Gesetz

Das neue Gesetz ist ein Polizeigesetz, ausschliesslich dem Schutz der Gesundheit und dem Schutz vor Täuschungen verpflichtet.

Die Verantwortlichen der Lebensmittelbranche, von den Produktionsstellen bis zu den Verkaufsstellen, wissen, woran sie sind. Gesetz und Verordnung setzen auf gute Herstellungspraxis und private Sorgfaltspflicht, auf unternehmerische Eigenverantwortung der Hersteller, Verarbeiter, Verteiler, Verkäufer, Importeure.

In Artikel 22 des Gesetzes ist die Pflicht eines jeden Gliedes der Lebensmittelkette zur Selbstkontrolle festgehalten.

Angesichts des starken Wettbewerbs innerhalb der Branche ist die Qualitätssicherung der angepriesenen Lebensmittel für jeden Anbieter von existentieller Bedeutung.

Die Verantwortung für die Lebensmittel liegt also beim Inverkehrbringer und nicht etwa beim Staat. Dieser hat Stichproben vorzunehmen und mit dieser Lebensmittelkontrolle die Sorgfaltspflicht und die einwandfreie Herstellungspraxis durchzusetzen.

In diesem Sinne darf das vorliegende Gesetz als ausgezeichnetes Beispiel sinnvoller Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen Staat und Privaten bezeichnet werden.

4. Bemerkungen zu einzelnen Problemkreisen

4.1 1981 befasste sich die GPK mit dem Kompetenzstreit zwischen Kantonschemikern und Veterinären. Das Gesetz regelt nun die Verantwortungsbereiche klar. Die Kantonstierärzte tragen die Verantwortung für die Kontrolle des Fleisches bis zum Verlassen des Schlachthofes. Die Kantonschemiker tragen die Verantwortung für die Verkaufsfreie.

4.2 Die GPK befasste sich ebenfalls mit der Hormonaffäre, mit dem Arzneimittel-Schwarzmarkt in der Tiermast, und forderte eine Warenfluss-Kontrolle. Das Gesetz statuiert nun die Kontrolle an der Grenze. Aufgrund von Meldungen der Zollorgane an die Kantone haben diese die Möglichkeit, den Arzneimittelverkehr intensiver zu überwachen.

4.3 Die Kompetenzregelung zwischen Bund und Kantonen bringt eine klare Zuständigkeitsordnung für den Vollzug in den Kantonen und sichert den einheitlichen Vollzug.

Aufgabe des Bundesamtes für Gesundheitswesen ist es, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Aktualisierung der Gesetzgebung zu erarbeiten, taugliche Untersuchungsmethoden und Beurteilungskriterien im Schweizerischen Lebensmittelbuch zur Verfügung zu stellen, koordinierend zu wirken, Aufsicht über die Vollzugsbehörden auszuüben und einen möglichst einheitlichen Vollzug für die Schweiz zu gewährleisten.

Die Kantone haben die für die Stichproben und Kontrollen notwendigen Infrastrukturen in den kantonalen Laboratorien bereitzustellen, die Stichproben durchzuführen und das Lebensmittelrecht durchzusetzen.

Diese Aufgabenteilung in einem eigentlichen Milizsystem ist nicht neu, sie hat sich sehr bewährt.

4.4 Artikel 37 des Gesetzes ermöglicht es dem Bundesrat, Anforderungen und Vorschriften über Lebensmittel international anzugleichen.

In Artikel 2 hat die Kommissionsmehrheit durch Einfügen eines Absatzes 2bis die importierten Lebensmittel der landwirtschaftlichen Produktion den gleichen Bestimmungen unterworfen, wie sie für die schweizerische landwirtschaftliche Produktion gelten; dies in der Sorge, dass der schweizerische Markt mit qualitativ schlechteren Produkten zu Dumpingpreisen beliefert werden könnte. Die Kommission ist sich bewusst, dass diese Regelung weder europa- noch Gattverträglich ist.

4.5 Die Frage der Werbung für alkoholische Getränke und Tabakwaren wird das Parlament im Zusammenhang mit den sogenannten Zwilling-Initiativen und dem Gegenvorschlag des Bundesrates bereits im kommenden Jahr beschäftigen. Der Souverän wird in jedem Fall Stellung nehmen müssen. Dies sollte bei der Behandlung von Artikel 13 des Lebensmittelgesetzes berücksichtigt werden – einmal wegen der Ökonomie der Kräfte, und um das vorliegende gute Gesetz nicht unnötig durch ein Referendum zu gefährden.

5. Zur Kommissionsarbeit

Der Entwurf des Bundesrates fand in der Öffentlichkeit, im Ständerat und auch in der Kommission des Nationalrates gute Aufnahme. Die Kommission konnte in hohem Masse von den intensiven Abklärungen und Beratungen der ständerätlichen Kommission profitieren. Ueber die von dieser Kommission durchgeführten Hearings mit den interessierten Kreisen wurde von der Verwaltung eine aussagekräftige Synopse erarbeitet. So konnte sich die nationalrätliche Kommission auf einige wenige Hearings zu folgenden Themenkreisen beschränken:

- Europaverträglichkeit des Gesetzes;
 - Vollzugsprobleme und Abgrenzungsfragen an Beispielen: Geschirr, Spielwaren, Wohngifte;
 - Orientierung der Öffentlichkeit über ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse;
 - Kontrolle der Züchtung und der landwirtschaftlichen Produktion im Zusammenhang mit den Importen;
 - Lebensmittel/Heilmittel: Abgrenzungsfragen beim Vollzug.
- Die Kommission hat die Gesetzesvorlage an insgesamt sechs Sitzungstagen durchberaten. Als sehr effiziente Hilfe erwies sich eine von Sitzung zu Sitzung mittels Computertechnik aktualisierte Fahne, welche von Herrn E. Diener vom Bundesamt für Veterinärwesen bearbeitet und zur Verfügung gestellt wurde – zur Nachahmung für andere Kommissionen empfohlen.

Die Kompetenz der Fachleute des Bundesamtes für Gesundheitswesen, des Bundesamtes für Veterinärwesen und des Bundesamtes für Landwirtschaft war sehr bemerkenswert – insbesondere beeindruckte Herr Dr. Hansruedi Strauss, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Gesundheitswesen, ehemaliger Kantonschemiker, durch seine profunden Kenntnisse der faszinierenden Materie. Ich danke den Spezialisten der Verwaltung und der Parlamentsdienste, besonders auch Herrn Dr. Vrtacic vom Fachdienst 3, und den Herren des Protokolls für die kompetente Unterstützung der Kommissionsarbeit.

6. Fazit

Die Kommission ist einhellig der Meinung, dass ein gutes Gesetzeswerk vorliegt. Nach langen Jahren der Auseinandersetzung ist es gelungen, eine in den wesentlichen Punkten konsensfähige Vorlage zu finden. Es wäre zu wünschen, dass das revidierte Lebensmittelgesetz möglichst bald in Kraft gesetzt würde und damit auch der offizielle Startschuss zur Durchführung und Systematisierung der Lebensmittelverordnung gegeben werden könnte.

Die Kommission beantragt Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

M. Philipona, rapporteur, présente par écrit l'exposé d'entrée en matière suivant:

La loi sur les denrées alimentaires, qui date déjà de 1905, doit être totalement révisée. C'est l'une des conclusions qui ressort des travaux préparatoires qui ont duré une quinzaine d'années. Dans sa séance du 2 octobre 1990, le Conseil des Etats a accepté le projet du Conseil fédéral avec quelques modifications.

1. La loi actuellement en vigueur

La loi sur les denrées alimentaires, qui date de 1905, porte toujours l'empreinte du siècle passé; c'est une loi qui règle l'organisation de l'exécution des prescriptions dans les cantons, ainsi que la procédure à suivre lors du contrôle des denrées alimentaires. Elle a été conçue et concrétisée à une époque où les denrées alimentaires étaient encore, dans une large mesure, produites, vendues et consommées au même endroit. A cette époque, les autorités étaient surtout confrontées au grave problème que constituait la tromperie dont étaient victimes les consommateurs lorsqu'on leur présentait une marchandise de moindre qualité ou frelatée ou des imitations telles que cidre ou miel artificiel et autres succédanés.

Toutes les dispositions matérielles devant régir les denrées alimentaires sont de la compétence du Conseil fédéral, qui en a fait largement usage au fil des années. C'est ainsi que l'actuelle ordonnance sur les denrées alimentaires contient 490 articles. Bien qu'elle manque de systématique et qu'on ait de la peine à se repérer dans ce véritable magma de prescriptions, cette ordonnance est tout de même l'une des plus complètes et des plus équilibrées au plan international.

2. Les raisons ayant conduit à une révision totale de la loi

Les raisons ci-après sont à la base du projet de révision totale de la loi:

2.1 L'importance que la société moderne attache au rôle que joue l'alimentation en matière de santé.

Après la Deuxième Guerre mondiale, les progrès de la technologie alimentaire, l'internationalisation de la «cuisine», ont conduit à une offre quasi incontrôlable de denrées alimentaires en provenance de toutes les régions du monde. Malgré ce vaste choix, une large partie de la population suisse continue à se mal nourrir. C'est du moins ce qui ressort des rapports de l'Office fédéral de la santé publique. Or, la mise en péril de la santé à cause d'une alimentation inadéquate est bien plus fréquente que la mise en péril imputable à d'autres risques, tels les empoisonnements alimentaires, les toxines, les résidus de pesticides, de métal lourd, etc. Les nouvelles à caractère sensationnel ou l'importance donnée à des scandales concernant des denrées alimentaires font que la plupart des consommateurs ont une idée fautive de ces deux genres de risques.

Une chose est toutefois certaine: le consommateur s'intéresse toujours plus aux questions se rapportant à la qualité des denrées alimentaires, aux influences de l'environnement, aux résidus se trouvant dans les denrées, aux méthodes de production (infra-rouge, technologie génétique, production hors-sol).

Contrairement au Conseil des Etats, la commission du Conseil national suit la proposition du Conseil fédéral, lequel propose, à l'article 10, que le public soit dûment informé des connaissances scientifiques d'intérêt général en matière de nutrition.

2.2 Les interdépendances internationales dans le domaine de l'approvisionnement et de la fabrication de matières premières, de produits finis ou demi-finis – ceci aussi dans l'optique de l'EEE, de la CEE ou du GATT.

2.3 Les progrès énormes dans le secteur de l'analytique qui permettent pratiquement d'approcher et de régler tous les problèmes en relation avec la détection ou la détermination des composantes des denrées alimentaires, avec les pollutions ou les résidus.

2.4 Les erreurs et les échecs qui se sont produits ces dernières années (affaires des hormones, la listeria, glycol), mais tout particulièrement la catastrophe de Tchernobyl. D'où la nécessité de maîtriser ce genre de situations de manière coordonnée et au moyen de normes uniformes.

2.5 La nécessité de régler de manière claire et uniforme les compétences et l'application de la loi en se basant sur les connaissances acquises et les expériences.

2.6 Les modifications sociales, démographiques et économiques qui se produisent dans notre pays se répercutent de plus en plus dans le secteur des denrées alimentaires. Dans les années passées, de haute conjoncture, la demande de produits transformés, préfabriqués s'est fortement accrue. A cela s'ajoutent l'accroissement des repas pris hors du domicile, ainsi que les modifications technologiques en matière de production, de même que les progrès réalisés dans la préparation et la conservation des denrées alimentaires.

Ajoutons à ces réflexions quelques données statistiques:

– En 1950, les dépenses de la ménagère pour l'alimentation représentaient environ 30 pour cent du budget du ménage. En 1988, elles ne représentaient plus que le 12,5 pour cent des dépenses.

– L'assortiment des denrées alimentaires d'un gros distributeur suisse a passé de 3000 à 6500 articles durant les quinze dernières années.

– La division du contrôle des denrées alimentaires de l'Office fédéral de la santé publique a, chaque année, des centaines de nouveaux produits à examiner. Ces dernières années, les produits light, les denrées alimentaires diététiques et vitaminées, ainsi que l'alimentation complémentaire pour les sportifs ont connu un boom extraordinaire.

3. La nouvelle loi

La nouvelle loi s'en tient aux principes applicables aux lois de police. Elle a été élaborée en vue de protéger la santé et de préserver les consommateurs contre les fraudes et les tromperies.

Les responsables de la branche alimentaire, de la production à la transformation, savent de quoi il s'agit. La loi et l'ordonnance se basent sur de bons procédés de fabrication et sur les soins qui y sont apportés, ainsi que sur la responsabilité propre d'entrepreneur du fabricant, du transformateur, du distributeur, du vendeur et de l'importateur.

L'article 22 précise clairement la responsabilité d'autocontrôle qu'a chaque partie de la chaîne alimentaire. Compte tenu de la forte concurrence qui règne à l'intérieur de cette branche économique, la qualité des denrées alimentaires est d'une importance vitale pour les vendeurs.

La responsabilité engage avant tout ceux qui mettent les denrées en circulation et non pas l'Etat. Celui-ci doit procéder aux prélèvements d'échantillons et, par le biais du contrôle des denrées alimentaires, faire entrer dans les mœurs les bonnes pratiques de fabrication et le soin qu'il convient d'y apporter.

Dans ce sens, on peut affirmer que ce projet de loi est un bon exemple de répartition des tâches et de collaboration entre l'Etat et les particuliers.

4. Remarques sur des problèmes particuliers

4.1 En 1981, la Commission de gestion s'est penchée sur le conflit de compétences entre les chimistes cantonaux et les vétérinaires. Les responsabilités et les compétences sont maintenant clairement précisées dans la loi. Les vétérinaires cantonaux portent la responsabilité du contrôle de la viande jusqu'au départ de l'abattoir. Quant aux chimistes cantonaux, ils portent la responsabilité sur le front de la vente.

4.2 La Commission de gestion s'est également penchée sur l'affaire des hormones, avec le marché noir des produits vétérinaires pour l'engraissement du bétail. Elle a exigé un contrôle du flux des marchandises. La loi institue un contrôle à la frontière. Sur la base des communications des autorités douanières, les cantons ont la possibilité de surveiller intensivement la circulation des produits vétérinaires.

4.3 La délimitation des compétences entre la Confédération et les cantons apporte une réglementation claire des compétences pour l'exécution de la loi dans les cantons et garantit ainsi une application uniforme.

L'Office fédéral de la santé publique a comme fonction de procurer les bases scientifiques pour l'actualisation de la législation; de mettre à disposition des méthodes de contrôle adéquates et de publier des critères d'appréciation dans le Bulletin suisse des denrées alimentaires; de jouer un rôle de coordinateur; d'exercer un contrôle sur les instances qui appliquent

la loi et de garantir une application aussi uniforme que possible de celle-ci sur l'ensemble du territoire suisse.

Les cantons doivent mettre à disposition les infrastructures nécessaires dans les laboratoires cantonaux pour les échantillons et les contrôles; ils doivent procéder aux prélèvements d'échantillons et appliquer la loi sur les denrées alimentaires dans la mesure où la Confédération n'est pas compétente. Cette répartition des tâches dans un système de milice n'est pas nouvelle; elle s'est avérée judicieuse.

4.4 L'article 37 de la loi permet au Conseil fédéral d'harmoniser les exigences et les prescriptions sur les denrées alimentaires avec celles prises au plan international.

A l'article 2, la majorité de la commission a demandé que l'on précise, dans un alinéa 2bis, «que les mêmes dispositions s'appliquent aux denrées alimentaires importées».

Ce faisant, elle attire l'attention sur son souci de voir le marché suisse envahi par des denrées alimentaires de mauvaise qualité, importées à des prix de dumping.

La commission a examiné l'influence de cette loi face aux futurs marchés européens. L'important volume des échanges de denrées alimentaires doit rendre attentif aux conséquences de l'application de la loi. En effet, dans l'éventualité d'une entrée en vigueur des accords du GATT et de l'EEE, les produits indigènes et les produits importés doivent être placés, autant que possible, sur un pied d'égalité.

Or, dans ce sens, on peut se poser la question de savoir si la meilleure formulation a été trouvée.

La commission est bien consciente que cette réglementation n'est ni Euro-, ni GATT-compatible.

4.5 La question de la publicité pour les boissons alcooliques et le tabac occupera le Parlement, l'an prochain déjà, dans le cadre de l'examen des deux initiatives pour l'interdiction de la publicité pour le tabac et l'alcool et du contre-projet du Conseil fédéral. Le peuple devra de toute manière se prononcer.

On devrait tenir compte de ces futures discussions et de cette votation lors des discussions sur l'article 13 de la loi sur les denrées alimentaires, dans le but d'économiser des forces, mais aussi pour éviter qu'une bonne loi soit mise inutilement en péril par un référendum.

5. Le travail de la commission

Le projet du Conseil fédéral a recueilli un écho favorable dans l'opinion publique et dans la commission du Conseil national. La commission a pu profiter, dans une large mesure, des explications et conseils de la commission du Conseil des Etats. Une synthèse de valeur a été élaborée suite au «Hearing» organisé par la commission du Conseil des Etats avec la participation des milieux directement intéressés.

Grâce à toutes ces informations, la commission du Conseil national a pu consacrer ses séances de travail aux thèmes suivants:

- Euro-compatibilité de la loi;
- problèmes en relation avec l'exécution de la loi en rapport avec des questions de délimitation;
- orientation de l'opinion publique sur les connaissances scientifiques d'intérêt général concernant l'alimentation;
- contrôle de la culture et de la production agricoles, en rapport avec les importations;
- denrées alimentaires/médicaments: question de délimitation lors de l'exécution de la loi.

La commission a examiné le projet durant six séances d'un jour. L'utilisation d'un ordinateur – mis à disposition par M. Diener, de l'Office vétérinaire fédéral – fut particulièrement appréciée, de même que la présence et la compétence des spécialistes de l'Office fédéral de la santé publique, de l'Office vétérinaire fédéral et de l'Office fédéral de l'agriculture. Notons, en particulier, M. le Dr. Hansruedi Strauss, directeur suppléant de l'Office fédéral de la santé publique, autrefois chimiste cantonal, pour ses précieux avis et ses larges connaissances en la matière. Un grand merci aux spécialistes de l'administration, et spécialement à M. Vrtacic des Services du Parlement ainsi qu'à ceux qui ont tenu les procès-verbaux.

6. Facit

La commission est unanimement de l'avis que cette loi sur les denrées alimentaires est bonne. Après de longues années de controverses et de discussions, on est parvenu à trouver un

consensus sur les points essentiels. Il est à souhaiter que cette loi entre le plus rapidement en vigueur, et donne aussi le départ officiel pour l'éclaircissement et la systématisation de l'ordonnance sur les denrées alimentaires.

La commission vous propose l'entrée en matière sur ce projet de loi.

M. Cotti, conseiller fédéral, présente par écrit l'exposé d'entrée en matière suivant:

1. Introduction

Les dispositions régissant le commerce des denrées alimentaires sont disséminées dans la loi sur les denrées alimentaires, qui date de 1905, dans son ordonnance d'exécution, dans celle sur le contrôle des viandes et encore dans un grand nombre d'autres. Tout cela manque de transparence, et cette situation n'est pas satisfaisante. Le projet de loi qui vous est soumis entend mettre de l'ordre, fixer des principes et donner des lignes directrices. Le Conseil des Etats l'a approuvé, avec quelques amendements.

2. Génèse du projet de loi

Ce projet a une longue histoire. Il a franchi plusieurs étapes, chacune apportant une amélioration sur des points essentiels. La révision totale de la loi sur les denrées alimentaires a été déclenchée par la motion Tschumi du 25 juin 1973.

3. Le projet de loi

3.1 But et champ d'application

Le projet vise, d'une façon générale, à protéger la santé contre les dangers liés aux denrées alimentaires et aux objets usuels. Toutefois en ce qui concerne la protection contre la tromperie, selon une décision préalable du Conseil fédéral et en conformité avec l'article 69bis de la constitution, il régit uniquement celle en rapport avec les denrées alimentaires, à l'exclusion des objets usuels. Pour le reste, le projet s'en tient aux principes des lois de police. Il restreint la liberté du commerce et de l'industrie seulement lorsque des intérêts publics prépondérants sont en jeu. Les fabricants, comme les consommateurs doivent assumer dans la plus large mesure possible leurs propres responsabilités.

La loi vise en premier lieu à garantir au consommateur des denrées alimentaires irréprochables, qui ne mettent pas la santé en danger. Pour atteindre ce but, le champ d'application de la loi a été étendu à tout le cheminement suivi par une denrée, soit de la culture, pour les végétaux ou de l'engraissement, pour les animaux jusqu'à la remise du produit fini au consommateur, et à la source des problèmes. L'innocuité des denrées alimentaires est le principe directeur du projet, un principe que les stations de recherches agricoles appliquent depuis longtemps s'agissant de l'admission de nouvelles technologies. L'insertion de ce principe dans la loi sur les denrées alimentaires a nécessité une adaptation de celle sur l'agriculture en ce qui concerne les matières auxiliaires agricoles.

3.2 Appréciation générale

Le projet de loi est le résultat d'un compromis entre les intérêts des consommateurs et les besoins de l'économie. La protection de la santé en a été le fil conducteur. Quand il y avait opposition marquée entre les intérêts en jeu, on a choisi la solution la plus proche de la protection de la santé, tout en tenant compte dans la mesure du possible des exigences de l'économie. Le projet ne tient pas seulement compte de la prise de conscience, nouvelle, chez le consommateur de l'importance de l'alimentation, il prend aussi en considération les technologies modernes de fabrication et les nouvelles formes de vente. Aujourd'hui, le consommateur attache davantage d'importance à une alimentation irréprochable et équilibrée, ainsi qu'à des aliments aussi purs que possible. De plus, il souhaite être informé de manière complète sur la nature des denrées alimentaires. Le projet répond, dans la mesure où cela est possible, à ces exigences. Il renonce à exiger une pureté absolue, car celle-ci n'est de toute façon pas réalisable. Il va néanmoins à la limite du possible, afin de minimiser le risque couru par le consommateur.

En ce qui concerne la compatibilité du projet avec la Communauté européenne, il faut relever que cet aspect a été pris en compte lors de son élaboration. On peut donc affirmer que

toutes les dispositions du projet, tant sur le plan matériel que de leurs conséquences, sont en harmonie avec le droit de la Communauté européenne.

4. Principales nouveautés introduites par le projet

4.1 Extension du champ d'application

Le champ d'application a été étendu à la production agricole dans la mesure où celle-ci est destinée à la fabrication de denrées alimentaires. Il s'ensuit qu'il faut tenir compte des exigences de la législation sur les denrées alimentaires lors de l'utilisation de matières auxiliaires de l'agriculture, ainsi que lors de l'admission de ces matières.

4.2 Clarification de la répartition des compétences d'exécution au niveau cantonal

Le projet fixe dans une large mesure les compétences des organes d'exécution cantonaux et établit les limites entre elles. On a constaté que la liberté d'organisation dont jouissent les cantons devait être restreinte, ce en raison des différences importantes d'organisation existant au sein de ceux-ci et eu égard à l'uniformisation souhaitée de l'exécution. Il sera en effet d'autant plus aisé d'assurer une exécution uniforme et une coordination des activités des cantons, ainsi que de maîtriser des situations extraordinaires, que l'exécution dans les cantons sera organisée selon un schéma identique. Alors que le chimiste cantonal dirige le contrôle des denrées alimentaires dans son domaine de compétence, c'est-à-dire plus spécialement sur le front de la vente, le vétérinaire cantonal est responsable du contrôle dans le domaine de l'élevage et de l'abattage. Dans le domaine de contrôle situé entre la fin de l'abattage et la vente, les cantons sont libres de régler eux-mêmes les compétences, selon les besoins locaux et d'organisation.

4.3 Tâches de la Confédération et des autorités cantonales d'exécution en cas d'événement extraordinaire

L'épidémie de salmonellose a démontré l'importance d'une information rapide et claire de la population. Le législateur a tenu compte de cette constatation, en établissant un nouvel équilibre entre Confédération et cantons, la première étant chargée d'informer la population en cas d'événement extraordinaire.

Lorsque des denrées alimentaires dangereuses pour la santé sont déjà sur le marché, il appartient aux autorités cantonales d'exécution d'informer la population et de lui donner les instructions sur le comportement à adopter. Si la population de plusieurs cantons est menacée, il incombe aux autorités fédérales de l'informer et d'établir des recommandations.

4.4 Uniformité de l'exécution

Le fait que les gros distributeurs et autres organisations exercent leurs activités sur l'ensemble du territoire suisse exige une certaine uniformité du contrôle des denrées alimentaires, un domaine qui relève en fait de la souveraineté cantonale. C'est pourquoi la Confédération se voit attribuer le pouvoir de prescrire aux cantons des mesures propres à assurer une exécution uniforme et de leur ordonner, lors de situations extraordinaires, des mesures d'exécution de la loi par les cantons. Il n'empiète toutefois pas sur la compétence d'exécution des cantons, telle qu'elle est fixée par la constitution, à l'égard des citoyens.

5. Conséquences politiques

– La nouvelle loi sur les denrées alimentaires délègue une responsabilité plus grande aux autorités fédérales. Elle renforce leur pouvoir de décision et, surtout, leur attribue de nouvelles tâches en relation avec l'évaluation des substances, qui est un problème complexe.

– Le champ d'application ayant été étendu à la culture et à l'élevage, il faudra élaborer des prescriptions d'exécution dans le domaine de la législation sur l'agriculture. Enfin, le pouvoir donné aux autorités fédérales d'effectuer à la frontière des contrôles des médicaments pour animaux, permettra de combler une lacune.

– La nouvelle loi sur les denrées alimentaires entraînera une révision de l'ordonnance sur les denrées alimentaires, de celle sur le contrôle des viandes, de même que d'autres ordonnances, dont il faudra notamment unifier la structure. Les ordonnances actuelles ne deviendront pas contraires au droit du fait de l'entrée en vigueur de la loi.

6. Résultats des débats de la commission chargée d'examiner le projet

Je tiens à exprimer ici mes vifs remerciements à la commission du Conseil national qui a examiné le projet, pour l'accueil positif qu'elle lui a réservé. Elle a discuté du projet de façon très approfondie et critique, et elle a conduit ses débats avec célérité. Elle a, dans l'ensemble, accepté soit la proposition du Conseil des Etats, soit celle du Conseil fédéral, tout en apportant cependant de précieux amendements et compléments, par exemple aux articles 3b, lettre f, 14, 1er alinéa, et la modification de l'article 39a et de l'article 40 de la loi sur l'agriculture. Nous en parlerons plus en détail lors de la discussion des différents articles.

La nouvelle loi sur les denrées alimentaires est d'une conception moderne, marquée d'une certaine modération. Elle devrait entrer le plus rapidement possible en vigueur.

Pour toutes ces raisons, je vous demande d'entrer en matière sur le projet et de suivre la ligne tracée par le Conseil fédéral.

7. Conclusion

Je vous propose d'entrer en matière sur le projet.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ingress

Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Jeanprêtre, Hafner Ursula, Longet, Stappung, Ulrich)

....
gestützt auf die Artikel 31sexies, 32ter, 64 und 69bis der Bundesverfassung,
....

Préambule

Proposition de la commission
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité
(Jeanprêtre, Hafner Ursula, Longet, Stappung, Ulrich)
....
vu les articles 31sexies, 32ter, 64 et 69bis de la constitution;
....

Art. 1

Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Jeanprêtre, Hafner Ursula, Longet, Stappung, Ulrich)
....
c. mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vor Täuschungen schützen;
d. (neu) eine einwandfreie Qualität der Lebensmittel sicherstellen.

Art. 1

Proposition de la commission
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Jeanprêtre, Hafner Ursula, Longet, Stappung, Ulrich)

....
c. De protéger les consommateurs contre les tromperies en matière de denrées alimentaires et d'objets usuels;
d. (nouvelle) D'assurer une qualité irréprochable des denrées alimentaires.

Mme **Jeanprêtre**, porte-parole de la minorité: La base constitutionnelle de l'article 69bis permet à la Confédération de légiférer, premièrement, sur le commerce des denrées alimentaires, deuxièmement, sur le commerce d'autres articles de ménage et d'objets usuels, en tant qu'ils peuvent mettre en danger la santé ou la vie. Si la minorité de la commission a introduit la référence à l'article 31sexies, c'est parce qu'en 1981 le peuple et les cantons ont désiré voir la Confédération prendre des mesures pour protéger les consommateurs, tout en respectant les intérêts généraux de l'économie nationale et le principe de la liberté du commerce et de l'industrie. Il s'agit de protection dans un sens plus large que la seule protection de la vie ou de la santé, soit de la protection contre la tromperie à laquelle il est fait allusion à l'article premier, lettre c.

Conformément à la base constitutionnelle, la loi sur les denrées alimentaires ne s'applique pas à la tromperie dans le domaine des objets usuels. Dans son message, le Conseil fédéral dit clairement ce qu'il entend par la tromperie. Si autrefois celle-ci comportait une composante essentielle qui était le caractère dangereux du produit pour la santé, la situation se présente aujourd'hui différemment. En effet, la tromperie porte actuellement essentiellement sur les attentes du consommateur et l'obtention d'un avantage économique du producteur par l'emploi d'une marchandise de qualité inférieure. La tromperie implique le fait d'induire sciemment en erreur. On veut ainsi, par une fausse information, influencer les idées et les actes d'une autre personne, en l'occurrence le consommateur.

Si, dans la présente loi, on fixe comme principe que les denrées alimentaires doivent répondre à ce que le consommateur est en droit d'attendre, pourquoi ne pas avoir la même exigence, la même attitude quant aux objets usuels? Pensons à tout le domaine des cosmétiques. N'est-ce pas dans ce domaine précisément que s'exerce la plus vaste tromperie? On doit protéger l'attente justifiée du consommateur portant non seulement sur un état de la marchandise conforme aux prescriptions et à une certaine qualité, mais aussi sur certains effets. De plus, l'interdiction de la tromperie s'applique non seulement à celle qui entraîne des conséquences nuisibles pour la santé, mais aussi à celle qui s'obtient au plan économique par des avantages acquis aux dépens d'autrui.

On peut lire dans le message que la protection contre les tromperies comporte en premier lieu l'obligation de donner des indications sur les denrées alimentaires qui soient conformes à la vérité et de présenter celles-ci de manière à ce que le consommateur ne soit pas trompé dans son attente. Ces dispositions, destinées en premier lieu à la protection des consommateurs, profitent également aux fabricants, aux commerçants et vendeurs honnêtes. Elles constituent pour eux une protection contre une pratique déloyale de la part de la concurrence.

Encore une fois, pourquoi cette excellente disposition ne s'applique-t-elle pas à des objets usuels tels que les cosmétiques – je l'ai signalé – la vaisselle ou les jouets, pour ne prendre que quelques exemples?

L'article 31sexies visant à protéger les consommateurs a abouti à la loi sur l'information des consommateurs. Toutefois, son contenu n'a pas été épuisé par cette loi, et d'autres actions conjointes ou supplémentaires sont à entreprendre pour protéger le consommateur.

Tout ce qui est décrit à l'article 17 de la présente loi peut aussi se rapporter aux objets usuels en ce qui concerne la tromperie. En effet, les objets usuels doivent répondre à l'attente justifiée du consommateur. Ils ne doivent notamment pas paraître avoir une qualité supérieure à leur qualité réelle. La qualité prônée ainsi que toutes les autres indications apposées sur l'objet doivent correspondre aux faits.

Les organisations de protection des consommateurs ont réclamé, tant dans la procédure de consultation que lors des auditions en commission, que la portée de l'article 17 sur la tromperie et, ainsi, le but de la présente loi à l'article premier, soient applicables aux objets usuels pour les raisons évoquées ci-dessus.

Je vous invite donc à soutenir cette proposition d'extension et à modifier par conséquent le préambule de la loi.

Hafner Rudolf: Die grüne Fraktion unterstützt prinzipiell die Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten. Für uns wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass schon der Bundesrat bzw. die Verwaltung diesen Verfassungsartikel 31sexies im Ingress zitiert hätte. Da dies nicht geschehen ist, muss vermutet werden, dass die Verwaltung nicht nur die Konsumenteninteressen im Auge gehabt hatte, sondern viel eher die Wirtschaftsinteressen.

Ich frage Sie: Wofür machen wir ein Lebensmittelgesetz, wenn es nicht im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten sein soll? Die Lebensmittel stellen doch etwas dar, was die Menschen sehr direkt betrifft. Jeder von uns muss essen, und wir sind darauf angewiesen, dass wir eine grundsätzlich einwandfreie und gute Qualität von Lebensmitteln erhalten können. Damit ist natürlich verbunden, dass der Konsumentenschutz entsprechend zum Zug kommt.

Es sei zugegeben, dass eine Aenderung des Ingresses allein für das Gesetz nicht eine grosse Wirkung hätte, aber es kommt uns hier auf die Philosophie des Gesetzes an. Entweder betrachtet man das also aus dem Blickwinkel der Wirtschaft, oder man denkt eben an die Konsumentinnen und Konsumenten. Wenn wir schon einen Konsumentenschutzartikel in der Verfassung haben, dann scheint es uns eine absolute Notwendigkeit, darauf einzugehen.

Für uns ist das Ganze eine Grundsatzfrage. Es ist für uns bei Artikel 1 auch eine Selbstverständlichkeit, dass der Konsument nicht nur gerade bei den Lebensmitteln, sondern auch bei den Gebrauchsgegenständen vor Täuschungen geschützt wird.

Wir bitten Sie also im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten, bei Artikel 1, aber auch beim Ingress dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen.

Ruckstuhl, Berichterstatter: Ingress und Artikel 1 stehen in engem Zusammenhang, weshalb ich meine Ausführungen sowohl zum Ingress als auch zu Artikel 1 mache.

Die Kommissionsminderheit will das neue Lebensmittelgesetz zusätzlich auf den Konsumentenschutzartikel, Artikel 31sexies BV, abstützen. Die Mehrheit schliesst sich dem Ständerat und dem Bundesrat an und empfiehlt Ablehnung des Minderheitsantrages und Zustimmung zum Ständerat.

Dies aus folgenden Gründen: Die Verfassungsgrundlage ermächtigt den Gesetzgeber, für Nahrungs- und Genussmittel Bestimmungen zum Schutz der Gesundheit sowie zur Verhütung von Täuschungen zu erlassen. Bei den Gebrauchsgegenständen hingegen darf er aufgrund von Artikel 69bis der Bundesverfassung nur Bestimmungen zum Schutz der Gesundheit erlassen. Für weitergehende Bestimmungen über den Verkehr mit Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen ist der Gesetzgeber an Artikel 31sexies der Bundesverfassung, also an den Konsumentenschutzartikel, gebunden.

Im Einklang mit der Verfassungsgrundlage verzichtet das Lebensmittelgesetz darauf, die Täuschung bei Gebrauchsgegenständen zu erfassen. In diesem Bereich spielt die subjektive Erwartung des Konsumenten eine derart ausgeprägte Rolle, dass es nicht möglich ist, im Gesetz sinnvolle, praktikable und vor allem kontrollierbare Beurteilungskriterien festzulegen.

Wenn von Konsumentenseite das Bedürfnis besteht, im Bereich der Gebrauchsgegenstände den Täuschungsschutz mit gesetzlichen Mitteln zu verstärken, so wäre dies im Rahmen des Bundesgesetzes über die Förderung der Konsumentinformation zu erwirken. Der Täuschungsschutz bei Lebensmitteln steht in engem Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz. Die Bezeichnungen für Lebensmittel werden u. a.

auch zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung vorgeschrieben. Die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel dient damit sowohl dem Gesundheits- wie auch dem Täuschungsschutz. Der Täuschungsschutz bei Lebensmitteln wurde bisher mit dem eingespielten Kontrollorgan der Lebensmittelkontrolle sichergestellt. Es wäre wenig sinnvoll, diese Aufgabe einer neuen, mit der traditionellen Lebensmittelkontrolle nicht vertrauten Vollzugsorganisation zu übertragen. Die schweizerische Gesetzgebung würde in einem wesentlichen Punkt von jener der umliegenden Länder und von den Normen internationaler Organisationen abweichen, welche auch den Täuschungsschutz und den Gesundheitsschutz im Rahmen lebensmittelrechtlicher Vorschriften behandeln.

Die Kommissionsmehrheit beantragt daher, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen und den Minderheitsantrag beim Ingress abzulehnen.

Das gleiche gilt für Artikel 1, bei welchem die gleiche Minderheit ebenfalls die Gebrauchsgegenstände einbeziehen will. Es betrifft dies den Buchstaben c. Wie bereits ausgeführt, beschränkt sich die Gesetzgebung im Bereich der Gebrauchsgegenstände allein auf den Gesundheitsschutz. Die Verfassung bestimmt nicht, welche Gegenstände zu den Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen zählen.

Das Lebensmittelgesetz will aber nur jene Gegenstände erfassen, die in engem Zusammenhang mit Lebensmitteln stehen, weil sie mit dem Körper oder den Schleimhäuten in Berührung kommen oder kommen könnten: beispielsweise Textilien, Kosmetika, Geschirr, Spielzeug oder aber Materialien für die Verpackung von Lebensmitteln; dazu gehören auch Haushaltsartikel, die gefährlich sind, wie beispielsweise Streichhölzer oder Kerzen. Es ist technisch ausserordentlich schwierig, bei den genannten Erzeugnissen einen Täuschungsschutz vorzunehmen.

Man muss sich beispielsweise fragen: Kann ein Kosmetikum die versprochene Verjüngung bringen? Haben Naturkosmetika die angepriesene Wirkung? Es ist auch schwierig, die Qualität eines Produktes zu erfassen. Deshalb wollte man beim Täuschungsschutz nicht weitergehen. Das Lebensmittelgesetz soll den rechtlichen Ueberbau geben und als Grundlage für die Lebensmittelverordnung, die Zusatzstoffverordnung, die Fremd- und Inhaltsstoffverordnung und die Hygieneverordnung dienen.

Einmal mehr muss betont werden, dass bei einer Annahme des Minderheitsbeschlusses der Vollzug sehr fraglich wäre. Die Kantone wären beim Vollzug vollständig überfordert.

Im Namen der Kommission bitte ich Sie, auch den Minderheitsantrag zu Buchstabe c von Artikel 1 abzulehnen und der Fassung von Bundesrat und Ständerat zuzustimmen.

Die Minderheit will bei Artikel 1 noch einen Buchstaben d einführen und verlangt darin als Zweck, dass das Gesetz «eine einwandfreie Qualität der Lebensmittel sicherstellen» soll. Gerade im Bereich der Lebensmittel wird Qualität sehr subjektiv empfunden. Beispielsweise wird die Qualität einer St. Galler Bratwurst in der Ostschweiz ganz anders beurteilt als im Westen des Landes. Oder denken wir an die sehr divergierenden Qualitätsauffassungen beim Wein oder beim Brot. Wir dürfen keine solchen Gummiartikel in ein Gesetz aufnehmen.

Die Kommissionsmehrheit bittet Sie, auch dem Antrag der Minderheit zu Artikel 1 Buchstabe d die Gefolgschaft zu verweigern und der Fassung von Bundesrat und Ständerat zuzustimmen.

M. Philipona, rapporteur: Au nom de la commission, je vous prie de rejeter les propositions de la minorité, soit au préambule, soit à l'article premier.

En ce qui concerne le préambule, la minorité Jeanprêtre demande de revenir à l'article 31sexies de la constitution qui est à la base de la loi fédérale du 5 octobre 1990 sur l'information des consommatrices et des consommateurs. La base légale pour cette loi est bien là et son application se trouve dans cette loi spécifique pour les consommateurs. Cependant, l'introduire dans la loi sur les denrées alimentaires serait une surcharge inutile puisqu'on y traite autre chose. En outre, de nombreuses lois touchent indirectement la protection des consommateurs et dans chacune d'entre elles, une référence

à l'article 31 sexes serait à la fois inutile et fausse du point de vue législatif.

A l'article premier, lettre c, l'introduction des objets usuels est extrêmement difficile dans son application. Prenons l'exemple de jouets qui s'avèreraient trop peu solides: comment les définir et appliquer l'article ainsi libellé? Cela est tout à fait inapplicable et nous vous prions de rejeter cet alinéa.

En ce qui concerne la lettre d, définir le caractère irréprochable est absolument impossible, étant donné les différentes qualités des produits entrant en jeu.

La majorité de la commission vous invite donc à vous en tenir au texte issu des délibérations et à rejeter les propositions de la minorité.

M. Cotti, conseiller fédéral: Après les explications très approfondies des deux rapporteurs, je peux me limiter aux éléments essentiels, mais je ne voudrais pas entamer ce débat sur la loi sur les denrées alimentaires sans avoir précisé quels sont les buts essentiels que le Conseil fédéral se propose en vous soumettant cette loi, entièrement révisée.

Il ne s'agit pas ici d'entrer dans les détails, voire de faire du perfectionnisme, il s'agit surtout, et je tiens à le souligner tout de suite, de nous concentrer sur les problèmes qui touchent à la santé humaine. Il y a bien sûr d'autres intérêts en jeu. On a parlé ici de protection des consommateurs, et il est indéniable qu'il s'agit d'un enjeu très important. Il y a toute une série d'éléments qui jouent un rôle indiscutable. Lorsqu'on parle de la qualité d'un produit alimentaire, il est incontestable que tout le monde veut pouvoir s'approvisionner en produits de qualité. Je le répète encore une fois, dans la loi sur les denrées alimentaires, qui a d'ailleurs toujours relevé du secteur de la santé publique au Département de l'intérieur, le Conseil fédéral a toujours visé non pas une protection de qualité, voire une protection contre les divers détournements possibles, mais bien une protection de la santé de l'homme.

C'est la raison essentielle pour laquelle, tout en se ralliant pour les détails aux options des rapporteurs et de la commission, le Conseil fédéral vous prie d'en rester à ses propositions. Je ne vous indique même pas les discussions de faits qui pourraient se manifester dans la pratique lorsqu'il s'agirait de juger de la qualité d'un produit. Voyez-vous comment un office fédéral, un département, et qui sait peut-être demain le Conseil fédéral, en instance de recours, devrait décider lequel de tel ou tel fromage est de meilleure qualité? Restons-en là où voulait en venir la loi, il s'agit fondamentalement de la protection de la santé humaine.

Ingress, Art. 1 – Préambule, art. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	43 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Gros Jean-Michel, Antille, Dietrich, Dubois, Philipona)

Streichen

Abs. 2bis (neu)

Für die importierten Lebensmittel gelten die gleichen Bestimmungen.

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Wiederkehr

Abs. 2bis (neu)

Streichen

Antrag Kühne

Abs. 2bis (neu)

Für importierte Lebensmittel gelten die gleichen Bestimmungen.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Gros Jean-Michel, Antille, Dietrich, Dubois, Philipona)

Biffer

Al. 2bis (nouveau)

Les mêmes dispositions s'appliquent aux denrées alimentaires importées.

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Wiederkehr

Al. 2bis (nouveau)

Biffer

Proposition Kühne

Al. 2bis (nouveau)

Les mêmes dispositions s'appliquent aux denrées alimentaires importées.

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 2, 2bis – Al. 2, 2bis

Präsident: Die Kommission hat sich inzwischen dem Antrag Wiederkehr zu Absatz 2bis angeschlossen.

M. Gros Jean-Michel, porte-parole de la minorité: A l'article 2, la minorité de la commission vous propose de biffer le deuxième alinéa, par conséquent de ne pas inclure la production agricole dans le champ d'application de la loi.

Lors des travaux de la commission, tout le monde s'est déclaré d'accord avec les objectifs de cette loi, à savoir protéger la santé des consommateurs et leur éviter des tromperies en rapport avec les denrées alimentaires. Dans ce but, personne ne conteste la nécessité de soumettre les produits finis à un contrôle, c'est même indispensable. Par contre, soumettre à la loi la production agricole ou, en d'autres termes, la façon de produire une denrée, est d'une utilité tout à fait discutable. Pour sauvegarder la santé du consommateur, il n'est nul besoin de connaître la manière dont le produit mis sur le marché a été élaboré, il suffit de savoir qu'il n'est pas susceptible d'y porter atteinte. Il faut d'ailleurs relever que ce contrôle de la production agricole constitue une innovation. Jamais il n'en a été question dans la législation sur les denrées alimentaires. Cette volonté de se préoccuper des phases antérieures à la mise sur le marché de produits revêt, pour la minorité, un caractère abusif, inutile et pénalisant.

Abusif, parce qu'interprétant beaucoup trop largement la base constitutionnelle de cette loi. L'article 69bis de la constitution dit: «La Confédération a le droit de légiférer sur le commerce des denrées alimentaires.» Englober dans le commerce la production des denrées alimentaires, c'est aller beaucoup trop loin. Inutile, car le contrôle du produit alimentaire fini est largement suffisant pour en assurer l'innocuité. Je rappelle encore une fois que c'est cela, l'objectif de la loi.

Le contrôle des exploitations ne pourrait donc être ressenti que comme une mesure chicanière et d'autant plus superflue que d'autres mesures législatives existent déjà. Elles sont largement contraignantes et amplement suffisantes.

Dans le domaine de la production animale, la loi sur la protec-

tion des animaux régit de manière très précise ce dont l'animal doit disposer pour son bien-être et ce qu'il peut manger pour ne pas mettre en danger sa santé et celle des consommateurs. Plus spécifiquement, pour ce qui a trait à la production laitière, les prescriptions sont encore plus sévères au travers du règlement suisse de livraison du lait.

En ce qui concerne enfin la production végétale, des contrôles existent pour la mise sur le marché et l'utilisation des différents intrants: engrais, produits antiparasitaires, qui tous doivent être dûment homologués pour être commercialisés. Le contrôle du produit fini assure enfin de l'absence de tout résidu de ces intrants. Tout l'arsenal législatif et réglementaire actuel est donc suffisant pour préserver la santé publique et éviter la tromperie dans le domaine de la production agricole. A preuve même que le constat est positif en ce qui concerne l'agriculture suisse: aucun cas d'intoxication alimentaire dû à des résidus de produits dans les denrées mises sur le marché n'a été observé. Les cas célèbres de listéria et de salmonelles dans le vacherin vaudois n'ont pas grand-chose à voir avec la production agricole, mais bien avec des conditions d'hygiène non respectées dans les entreprises.

Mais, plus grave, la soumission de la production agricole à la loi sera pénalisante. On risque de créer des distorsions de concurrence vis-à-vis des produits importés. Les négociations du GATT et de l'Espace économique européen vont nous contraindre d'ouvrir davantage nos frontières aux produits étrangers. Si l'on se borne à contrôler le produit fini, aucun problème: produits étrangers et produits indigènes sont placés sur un pied d'égalité. Si nous décidons de soumettre la production agricole à un contrôle, dans les faits, cela signifie que seule la production suisse y sera soumise. Il est exclu d'aller voir comment les produits étrangers sont élaborés. Le GATT semble d'ailleurs l'interdire. A la page 86 de la version française du message, au chapitre de la conformité avec les accords internationaux, le Conseil fédéral précise, en parlant du GATT: «un principe fondamental prescrit que le produit en tant que tel doit être apprécié lors de l'importation, et non le procédé de fabrication utilisé dans le pays d'origine». On voit donc bien que, seule, la production suisse serait touchée par cette mesure, tout cela d'ailleurs sans aucun bénéfice supplémentaire pour la santé du consommateur.

La majorité de la commission a d'ailleurs admis que cette mesure risquait d'être discriminatoire. C'est pourquoi elle a prévu un alinéa 2bis qui stipule que «les mêmes dispositions s'appliquent aux denrées alimentaires importées». En commission, cet alinéa a été présenté comme proposition subsidiaire à celle de la minorité. Nous devons cependant au pur réalisme de dire que la version de la majorité ne sera guère applicable dans les faits. Elle serait de plus contraire à la liberté des échanges recherchée par le GATT. Nous en avons eu la confirmation, elle est également contraire au Traité sur l'Espace économique européen. D'ailleurs, lors d'une séance toute récente, la commission a décidé de renoncer à cet alinéa 2bis. Je constate que M. Kühne la reprend aujourd'hui.

La proposition de la minorité est plus simple et je vous demande de l'accepter. Elle correspond à la situation actuelle et ne préjuge donc nullement la santé des consommateurs. On demande beaucoup, ces temps-ci, à notre agriculture et à nos agriculteurs: plus d'ouverture, plus de dynamisme, plus de compétitivité. Le moment est-il vraiment bien choisi pour placer cette nouvelle entrave chicanière qui les met en état d'infériorité par rapport à la concurrence étrangère? Veut-on vraiment que, dans chaque ferme de ce pays, un contrôleur de l'Etat inspecte le travail du paysan? La minorité ne le pense pas. Comme le précise le message, il s'agit ici d'une loi de police et non d'une loi préventive. C'est donc bien le produit fini qu'il faut contrôler et non la manière dont il a été élaboré.

Kühne: Ich nehme den Antrag für Absatz 2bis wieder auf, denn wie Sie bin auch ich etwas überrascht, dass der Text – obwohl er auf der Fahne steht – nicht mehr Gültigkeit hat. Diese Ueberraschung hat auch dazu geführt, dass es mir in dieser kurzen Zeit nicht möglich war, den Text noch zu verbessern, denn zweifelsohne gibt es daran etwas zu verbessern. Der Ständerat kann das in der zweiten Lesung noch tun.

Es geht um den Grundsatz der Nichtdiskriminierung der einheimischen Lebensmittel gegenüber den entsprechenden Importprodukten. Das Gesetz erfasst auch die landwirtschaftliche Produktion, soweit sie der Herstellung von Lebensmitteln dient. Die schweizerische Landwirtschaft untersteht nun auch betreffend Lebensmittelgesetz strengeren Vorschriften als die Konkurrenten im Ausland. Dies zusätzlich zu Normen, welche die Produktion betreffen und verteuern, wie Umweltschutzgesetz, Gewässerschutzgesetz, Tierschutzgesetz oder der allgemein höhere Qualitätsstandard. Die Schweizer Bauern sind gewillt, diese hohen Anforderungen zu erfüllen. Sie haben das bewiesen und gewissermassen auch unterschriftlich bestätigt, und zwar mit der Volksinitiative für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft. 265 000 Unterschriften sind zustande gekommen, zu einem sehr grossen Teil Unterschriften von Bauern.

In dieser Initiative werden in Artikel 31 octies (neu) Absatz 1 der Bundesverfassung die «verantwortungsvolle Nutzung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen» und die «Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln» verlangt. Es steht darin aber auch – das ist die andere Seite der Medaille –: «Damit die Landwirtschaft diese Aufgaben erfüllen kann, trifft der Bund insbesondere folgende Massnahmen: ... er sorgt dafür, dass der einheimischen Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb aus Produktionsvorschriften kein Nachteil erwächst.» Diese Forderung wird in Absatz 2 Buchstabe f erhoben.

Die Bauern haben alles Interesse daran, die Produktionsgrundlagen verantwortungsvoll zu nutzen, und für die Konsumenten gewinnt diese Art der Nahrungsmittelproduktion an Bedeutung. Ohne Zweifel sind gesunde Produktionsgrundlagen auch eine Voraussetzung dafür, dass schliesslich gesunde Produkte wachsen und entstehen können.

Alle diese Anstrengungen haben aber nur Bestand, wenn die schweizerischen Produkte nicht durch ausländische Erzeugnisse, welche weniger hohen Auflagen unterliegen, vom Markt verdrängt werden. Längerfristig würden sonst diese Produkte und damit ihre Produzenten auf die Verliererstrasse geraten; ihre Produkte wären schlicht nicht mehr in den Regalen zu finden.

Es wird mir vorgeworfen, dass die Anwendung und vor allem die Kontrolle der Forderungen meines Antrages schwierig seien. Ich mache mir keine Illusionen; für die Importprodukte sind die Maschen zwangsläufig etwas gröber als für die inländische Produktion. Trotzdem ist dieses Netz noch besser als das Netz des Bundesrates, welches in dieser Beziehung fast keine Maschen hat.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass es Mittel gibt – auch wenn wir nicht ins Ausland gehen und überall zu Kontrollen aufmarschieren können, das ist mir klar –; ich erinnere an das Mittel der Zertifikate; zum Teil kennt man die Produktionsmethoden, man weiss, wo z. B. Hormone zur Anwendung kommen und wo man der Ansicht ist, Hormone im Rindfleisch seien sogar fast noch gesund. Ich erinnere an den Hormonstreit zwischen der EG und den USA.

Es wird mir auch vorgeworfen, dass dieser Antrag der europäischen Integration zuwiderlaufe. Gerade mein vorhergehendes Beispiel beweist jedoch, dass es selbst nach einer europäischen Integration mit Einbezug der Schweiz noch Gebiete gibt, die Lebensmittel in unser Land liefern, die gerade diesen Vorschriften oder Anforderungen speziell zuwiderlaufen. Ich möchte es offenlassen, wie schnell Sie sich unsere Integration vorstellen.

Zur Formulierung: Ich sehe den Schwachpunkt bei den «gleichen Bestimmungen». Es ist klar, dass diese Formulierung Probleme bringen kann. Ich räume ein, dass Verbesserungen im Sinne einer Nichtdiskriminierung noch möglich sind. Mit der Zustimmung zu meinem Antrag geben Sie dem Ständerat die Möglichkeit, seine Kreativität unter Beweis zu stellen und eine gute Formulierung zu finden.

Hafner Rudolf: Der Absatz 2bis wurde von der ursprünglichen Kommissionmehrheit aus Gründen des Agrarschutzes aufgenommen. Die grüne Fraktion ist der Auffassung, dass dieser Grund durchaus legitim ist, wenn damit eine gute Nahrungs-

mittelqualität bezweckt wird und wenn es darum geht, die heutige Struktur der Landwirtschaft, welche im internationalen Vergleich relativ viele Klein- und Mittelbetriebe aufweist, aufrechterhalten zu können. Insofern scheint uns die Begründung plausibel. Der grünen Fraktion ist ausserordentlich viel daran gelegen, dass wir eine gesunde und naturnahe Landwirtschaft haben.

Es ist uns allen bekannt, dass in der EG, wo ein weiterer Horizont besteht, nicht unbedingt die Gleichgewichte zu finden sind. Uns ist aber ein guter Konsumentenschutz ebenso wichtig. Ich habe mich bei verschiedenen kantonalen Behörden erkundigt. In der Schweiz sind tatsächlich etliche gesundheitsgefährdende Stoffe verboten, die im Ausland erlaubt sind. Ein Beispiel dafür ist Tartrazin, ein Lebensmittelfarbstoff, der Allergien erzeugt. Dieser Farbstoff ist in der Schweiz nicht mehr zugelassen; es gibt auch eine Reihe anderer Beispiele, die man aufzählen könnte. Es ist aber auch richtig, was Kollege Kühne erwähnt hat: Im Ausland sind die Hormonzusätze zahlreicher als in der Schweiz. Es ist auch bekannt, dass der Tierschutz, obwohl es harzig vorwärtsgeht, in gewissen Bereichen doch etwas erreicht hat. Es wäre natürlich schade, wenn da eine Nivellierung eintreten und man vom Ausland alles hereinlassen würde, was man in der Schweiz nicht mehr zulässt.

Ich habe auch gehört, dass diese Anliegen schon mit den anderen Gesetzesartikeln, teilweise zumindest, abgedeckt wären, aber ich glaube, hier gilt es zu bedenken, dass es um eine politische Argumentation geht. Die ursprüngliche Kommissionmehrheit wollte ganz klar, dass man mit diesem Absatz Agrarschutz betreibt und die Tierhaltung usw. einbezieht. Ich glaube, dazu muss man sich durchringen. In den Kommissionsberatungen war das relativ schwierig. Es war zuerst eine klare Kommissionmehrheit, die diesen Absatz 2bis wollte. Dann war es eine schwache Mehrheit, die ihn wieder streichen wollte. Ich glaube, man muss sich einfach zum Entscheid durchringen, ob man diesen Agrarschutz will oder nicht. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass wir ihn wollen. Seitens der SP wurde behauptet, dass mit der Zeit, wenn man Absatz 2bis einbezieht, eine Senkung der Schweizer Normen nach unten eintreten könnte. Ich habe mich erkundigt. Es ist offenbar so, wenn der EG-Beitritt oder der EWR zustande kommen würden, wäre es denkbar, dass die EG-Staaten Druck ausüben würden. Aber das ist eine Hypothese. Ich glaube, wenn man von vornherein mit Druck rechnet, weckt man Aengste, und solche Aengste sind nicht unbedingt die beste Grundlage für eine gute Gesetzesformulierung. Ich glaube, wir müssen von der heutigen Praxis, von der heutigen Realität ausgehen. Diese ist doch so, dass wir weder EG- noch EWR-Mitglied sind.

Ich glaube, dass wir die relativ guten Schweizer Normen, im Interesse auch der Konsumentinnen und Konsumenten, soweit es irgendwie möglich ist, anwenden sollten – auch auf die importierten Lebensmittel.

Die grüne Fraktion bittet Sie in diesem Sinne, dem Antrag Kühne zuzustimmen.

Leu Josef: In Artikel 2 des Lebensmittelgesetzes wird der Geltungsbereich umschrieben. Er umfasst in Absatz 2 neuerdings auch die «landwirtschaftliche Produktion, soweit sie zur Herstellung von Lebensmitteln dient». Wegen dieser Ausdehnung des Geltungsbereichs werden Ausführungsverordnungen im Landwirtschaftsrecht nötig.

Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen zu Recht Bedenken, dass wir Produzenten mit zusätzlichen Auflagen und Kontrollen belastet werden. Wir haben bekanntlich schon jetzt Auflagen und Rahmenbedingungen, die im Vergleich zum Ausland strenger und der Eigenverantwortlichkeit und dem unternehmerischen Verhalten abträglich sind. Zusätzliche Auflagen, wie sie vorgesehen sind, werden unsere Wettbewerbsfähigkeit im weltweit teuersten Kostenumfeld weiter benachteiligen. Zudem mussten wir die Erfahrung machen, dass die gesellschaftlichen Erwartungen in bezug auf eine multifunktionale und umweltgerechtere Landwirtschaft sich nicht mit dem Kaufverhalten am Ladentisch decken. Billigere Nahrungsmittel aus dem Ausland erhalten in vielen Fällen den Vorzug. Das Interesse an der Herstellungsart tritt plötzlich in den Hintergrund.

Trotz dieser negativen Auswirkungen sind aber folgende Überlegungen ebenfalls zu berücksichtigen und entsprechend zu gewichten:

1. Im internationalen Vergleich geht die Entwicklung im Lebensmittelrecht von der Endproduktkontrolle vermehrt hin zu einem Qualitätssicherungssystem auf den Betrieben.
2. Mit einer offenen Haltung im landwirtschaftlichen Produktionsverfahren, gekoppelt mit einem modernen Landwirtschaftsmarketing, können und wollen wir Bauern unserer Konsumentenschaft beweisen, dass wir nichts zu verbergen haben.
3. Wir zeigen damit nach wie vor unsere Bereitschaft zur umweltgerechten Produktion von gesunden Nahrungsmitteln. Ich betone aber mit allem Nachdruck, dass der Landwirtschaft aus der Offenlegung der Produktion keine zusätzlichen Kosten erwachsen dürfen. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass sich offenbar die Probleme der ökologischen Auflagen beziehungsweise der ungleich langen Spiesse zum Ausland nicht im Lebensmittelgesetz lösen lassen. Um so mehr beharren wir aber auf einer finanziellen Abgeltung dieser Auflagen im Rahmen der Neugestaltung von Artikel 31a und 31b des Landwirtschaftsgesetzes.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen im Namen der CVP-Fraktion, der Kommissionmehrheit zuzustimmen, also Absatz 2 in Artikel 2 zu belassen und den Minderheitsantrag Gros Jean-Michel abzulehnen. Gleichzeitig bitte ich Sie um Unterstützung für den Antrag Kühne.

Fischer-Seengen: Die Mehrheit der freisinnigen Fraktion empfiehlt Ihnen die Unterstützung des Minderheitsantrages Gros Jean-Michel und die Ablehnung des Antrages Kühne.

Mit Artikel 2 Absatz 2 soll auch die Produktion von Lebensmitteln durch die schweizerische Landwirtschaft erfasst, d. h. dem Lebensmittelgesetz unterstellt werden. Was wird mit diesem Absatz 2 hauptsächlich bezweckt? Das Hauptziel ist der Tierschutz, ein berechtigtes Anliegen.

Wir haben in Europa wahrscheinlich das strengste Tierschutzgesetz überhaupt; diesem Anliegen wird mit dem Tierschutzgesetz vollumfänglich Rechnung getragen. Hierfür ist keine zusätzliche Bestimmung im Lebensmittelgesetz nötig. Wir müssen wegen der Gefahr von Missverständnissen versuchen, Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Produkte werden aufgrund anderer Bestimmungen im Lebensmittelgesetz, insbesondere Artikel 21ff., kontrolliert. Eine zusätzliche Kontrolle der Herstellung ist deshalb nicht nötig. Eine solche Bestimmung brächte für die Konsumenten auch keinen zusätzlichen Schutz.

Weil die Kontrolle der Herstellung der Produktion der schweizerischen Landwirtschaft allein eine Diskriminierung gegenüber dem Ausland bedeutet hätte, wurde mit Absatz 2bis eine analoge Bestimmung auch für importierte Lebensmittel vorgesehen. Allerdings ist die Kommission neuerdings der Auffassung, diese Bestimmung sei fallenzulassen. Mit der Bestimmung in Absatz 2bis würde eine nicht Gatt- und europakompatible Norm in unser Rechtssystem eingeführt. Wir müssten mit dem Beitritt zum EWR diese Bestimmung wieder fallenlassen.

Nach Auffassung der Mehrheit der freisinnigen Fraktion kann die Lösung deshalb nur lauten: Streichen sowohl von Absatz 2 als auch von Absatz 2bis, weil diese Bestimmungen nicht nötig, diskriminierend und zudem nicht europakompatibel sind und dem Gatt-Abkommen widersprechen. Zusätzlich helfen Sie dabei, die Bürokratie in unseren Land etwas zu reduzieren.

Loeb François: Ich spreche für die Minderheit der Fraktion. In einem Punkt sind wir uns mit Herrn Fischer-Seengen einig: Das Streichen von Absatz 2bis ist absolut richtig, und wir treten ebenfalls dafür ein. Dort haben wir Kongruenz. Also Streichen von Absatz 2bis.

Hingegen möchten wir Absatz 2 von Artikel 2 nicht gestrichen haben, und zwar aus folgendem Grund: Der Kommissionminderheit Gros Jean-Michel geht es ja nicht nur um eine redaktionelle Aenderung. Ueber den Geltungsbereich steht oben in Absatz 1: «Das Gesetz erfasst: a. das Herstellen, Behandeln, Lagern, Transportieren und Abgeben von Lebens-

mitteln und Gebrauchsgegenständen.» Darunter fällt ja auch das landwirtschaftliche Produzieren, und das ist bis jetzt der Fall. Herr Gros möchte das aber mit seiner Minderheit streichen. Das ersehen wir daraus, dass er uns bei den Artikeln 5 und 7 Streichung vorschlägt. Es geht also beim Minderheitsantrag Gros Jean-Michel zu Artikel 2 Absatz 2 nicht um eine redaktionelle Aenderung, sondern um etwas sehr Materielles, nämlich darum, den ganzen Bereich der landwirtschaftlichen Produktion auszuschliessen.

Nun ist es aber so, dass in letzter Zeit die Kontrollen der Lebensmittel immer mehr in Richtung Produktion gehen. Wenn man etwas kontrollieren will, ist es am einfachsten, bei der Produktion zu kontrollieren. Aus diesem Grund brauchen wir diesen Absatz. Wenn wir ihn streichen würden, wäre er nur redaktionell gestrichen, aber dann dürfte man unter keinen Umständen Artikel 5 und 7 auch noch streichen.

Wir sind der Ansicht, dieser Artikel mit der klaren Bestimmung, dass man die Kontrolle auch bei der landwirtschaftlichen Produktion durchführen kann, wie das die neue Technologie verlangt, dürfe nicht gestrichen werden.

Dass man den Artikel 2bis streichen muss, ist ganz klar, weil er nicht Gatt- und europakompatibel ist und aus diesem Grunde in diesem Gesetz nichts zu suchen hat.

Frau Zölich: Namens der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, bei Absatz 2 der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag Gros Jean-Michel abzulehnen. Rein juristisch gesehen ist die ausdrückliche Erwähnung der landwirtschaftlichen Produktion in Artikel 2 Absatz 2 eher formeller Art. Auch ohne diesen Absatz 2 ist – wie das Herr Loeb François vorhin ausgeführt hat – nach Artikel 2 Absatz 1 Litera a das Lebensmittelgesetz für die Landwirtschaft dort gültig, wo die landwirtschaftliche Produktion der Herstellung von Lebensmitteln dient. Bei einer Streichung von Absatz 2, also mit der Annahme des Minderheitsantrages von Herrn Gros Jean-Michel, würde sich daher materiell nichts ändern. Denn auch bei einer Streichung bestünde die Möglichkeit, das Lebensmittelgesetz auf die landwirtschaftliche Produktion anzuwenden. Wir sind auch der Auffassung, dass die Annahme des Minderheitsantrages Gros Jean-Michel nicht zur Folge hätte, dass man auch die Artikel 5 und 7 ändern müsste.

Politisch gesehen hatte die Landwirtschaft immer eine offene Haltung gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten. Sie hat nichts gegen die Offenlegung der Produktionsverhältnisse. Die Landwirtschaft selber hat ein Interesse, die Konsumentinnen und Konsumenten darüber zu informieren, wie ein Produkt erzeugt wurde und weshalb es eben zum Beispiel eventuell teurer verkauft werden muss. Mit der expliziten Unterstellung der landwirtschaftlichen Produktion unter die Regeln des Lebensmittelgesetzes, also mit Absatz 2, kann die Landwirtschaft einmal mehr ihre Bereitschaft zur umweltgerechten Produktion gesunder Nahrungsmittel zeigen und auch beweisen. Eine Streichung von Absatz 2 könnte zuungunsten der Landwirtschaft falsch interpretiert werden. Das Lebensmittelgesetz soll aber kein neues Landwirtschaftsrecht schaffen und keine Tierschutzbestimmungen aufnehmen; sie gehören nicht in dieses Gesetz.

Die SVP-Fraktion befürwortet Kontrolle; aber wir wollen keine «Kontrollitis» und nicht noch mehr Routinekontrollen. Das Lebensmittelgesetz hat als Polizeigesetz nur dem Schutz der Gesundheit und der Verhütung von Täuschung zu dienen.

Mit dieser grundsätzlichen Bemerkung beantrage ich Ihnen noch einmal namens der SVP-Fraktion, den Minderheitsantrag Gros Jean-Michel zu Artikel 2 Absatz 2 abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Absatz 2bis gemäss Antrag Kühne entspricht der geltenden Praxis. Wir führen damit gegenüber den heutigen Regeln und auch nach den Aussagen der Verwaltung nichts Neues ein. Inlandprodukte dürfen gegenüber Importprodukten nicht noch mehr diskriminiert werden. Die «Spiesse» sind ohnehin bereits jetzt nicht mehr gleich lang, da – wie wir alle wissen – die Produktion unserer Lebensmittel unter anderem den strengeren Umwelt- und Tierschutzvorschriften untersteht. Die Importprodukte sollten grundsätzlich die gleichen Bestimmungen erfüllen, wie sie den Schweizer Bauern zugemutet werden. Es ist

zum Beispiel doch nicht einzusehen, weshalb bezüglich der Rückstände in Lebensmitteln für Schweizer Produkte strengere Normen gelten sollen als für Importerzeugnisse. Auch im Interesse der Konsumenten müssten gleiche Massstäbe angewendet werden.

Trotz der Kontrollschwierigkeiten, die hier entstehen könnten, und trotz der Möglichkeit, dass dieser Absatz 2bis einmal nicht EG-, EWR- oder Gatt-konform sein könnte – wir sind noch nicht in der EG, und wir haben auch noch keinem EWR-Vertrag zugestimmt –, beantrage ich Ihnen, dem Antrag Kühne zuzustimmen. Es geht darum, ein Zeichen zu setzen.

Frau Leemann: Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, den Minderheitsantrag Gros Jean-Michel abzulehnen.

Auch wir sind uns natürlich im klaren darüber, dass es längst viele Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion gibt, aufgrund von verschiedenen Gesetzen, die bereits angeführt worden sind. Trotzdem halten wir es für sinnvoll, wenn hier im Lebensmittelgesetz die landwirtschaftliche Produktion expressis verbis eingeschlossen wird. Umweltgefährdung beispielsweise aus ökologischer Sicht und die Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Rückstände in Lebensmitteln korrelieren natürlich weitgehend. Aber trotz dieser Korrelation sind die verschiedenen Ansprüche nicht immer identisch. Beispielsweise können Medikamente oder andere Zusätze wegen Rückständen im Fleisch problematisch werden, ohne dass sie direkt die Umwelt gefährdeten oder aus tierschützerischen Gründen nicht zu verantworten wären. Was ist denn nun sinnvoller: Durch ausgedehnte und aufwendige Analysen des Fleisches die lückenlose Einhaltung der Grenzwerte zu kontrollieren oder an der Quelle, bei der Verabreichung der potentiell gefährlichen Stoffe, zu regeln und damit präventiv Rückstandsprobleme aus der Welt zu schaffen?

Es gibt überdies in der Öffentlichkeit umstrittene Produktionsweisen, die analytisch kaum oder überhaupt nicht – oft liesse sich vielleicht auch sagen: noch nicht – erfassbar sind. Wenn dieser Bereich ausgeklammert wird, löst das die Probleme nicht. Die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und das Misstrauen von Konsumentinnen und Konsumenten werden dadurch nicht zum Verschwinden gebracht. Dass umstrittene Produktionsweisen deklarationspflichtig werden, ist wohl das Mindeste, was wir fordern. Dass die Behörden auch regelnd eingreifen können, wo das notwendig erscheint, ist sicher vernünftig.

Umgekehrt ist es auch für die Produzierenden selber sinnvoller, wenn klare Vorgaben über Produktionsweisen existieren. Die Produzierenden haben, sofern sie sich an diesen Vorgaben orientieren, nämlich auch eine gewisse Garantie dafür, dass ihre Produkte den Anforderungen an Lebensmittel entsprechen. Wenn sich die lebensmittelpolizeilichen Anordnungen aber nur auf die Endprodukte beschränken, fehlt genau diese Voraussetzung; der analytische Kontrollaufwand müsste dann insgesamt ganz bedeutend vergrössert werden. Bei Problemfällen, beim Verdacht auf bestimmte Infektionen, ist es unter Umständen rasch und effizient möglich, Kontaminationsquellen direkt beim Produzenten ausfindig zu machen und diese Quellen auszuschalten. Ist die Lebensmittelkontrolle aber beschränkt auf die Analyse der Endprodukte, so kann sich die Suche nach den Verursachern sehr aufwendig und zeitraubend gestalten. Der Einbezug der landwirtschaftlichen Produktion in den Geltungsbereich des Lebensmittelgesetzes schafft keinen neuen Apparat oder völlig neue zusätzliche Reglementierungen, aber er stellt sicher, dass die Anforderungen der Lebensmittelqualität berücksichtigt werden, in der ganzen Kette von der landwirtschaftlichen Produktion bis zum Lebensmittel im Detailverkauf.

Ich bitte Sie deshalb, dem Absatz 2 gemäss Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Zu Absatz 2bis: Ich habe Verständnis für die Auffassung von Landwirten und Tierschützern, dass mit dem Import unsere eigenen umwelt- und tierschützerischen Anstrengungen unterlaufen und die eigenen Produkte diskriminiert werden könnten. In unserer Fraktion waren denn auch die Meinungen zu diesem Absatz 2bis geteilt. Die SP-Kommissionsmitglieder haben sich nun, insbesondere angesichts der Entwicklung in

der EWR-Frage, klar gegen einen solchen Absatz 2bis entschieden. So sehr wir den Einbezug der inländischen landwirtschaftlichen Produktion in den Geltungsbereich des Lebensmittelgesetzes begrüssen, so klar müssen wir auf der anderen Seite anerkennen, dass wir dem Ausland nicht unsere Vorschriften auferlegen können.

Absatz 2bis wäre eine protektionistische Massnahme, die uns nur Schwierigkeiten bringen würde. Da ist zu bedenken, dass wir dort, wo keine Grenzwerte oder analytische Daten vorliegen, überhaupt keine Kontroll- und Durchsetzungsmöglichkeiten haben – das gilt vor allem für die tierschützerisch motivierten Auflagen.

Weiter kann die Frage gestellt werden, ob es überhaupt sinnvoll wäre, überall gleiche Produktionsweisen und Produkte vorzuschreiben. Es geht ja beispielsweise nicht nur um die Batteriehühner; weshalb sollte ein spanischer «Rioja» nach denselben Vorschriften wie ein Walliser Wein hergestellt werden? Hier sollte es genügen, wenn die Produkte den Anforderungen entsprechen. Wir können heute davon ausgehen, dass im europäischen Raum die wichtigen Grundanforderungen zum Gesundheitsschutz bereits gemeinsames Recht sind. Diese Anforderungen werden in der Zukunft zweifellos eher verschärft als gemildert. Unsere Regelungen a priori überall für die besseren zu halten, zeugt von einer nicht gerechtfertigten Ueberheblichkeit.

Falls die Schweiz dem EWR beitrifft, könnte sich Absatz 2bis sogar umgekehrt, von unserem Standpunkt aus fatal, auswirken. Das EWR-Recht könnte dann unter Umständen die Gleichbehandlung auf dem tiefstmöglichen europäischen Niveau und nicht auf dem unseren, höheren erzwingen. Die Angst unserer Landwirte vor unfairer Konkurrenz ist verständlich. Aber ich glaube, die Einkommenssicherung muss auf einem anderen Wege, im Bereich der Direktzahlungen, gesucht werden und nicht auf dem protektionistischen und europawidrigen Wege.

Ich bitte Sie deshalb, Absatz 2bis nicht in das Gesetz aufzunehmen und den entsprechenden Antrag Kühne abzulehnen.

Wiederkehr: Wenn die Minderheit Gros Jean-Michel die landwirtschaftliche Produktion aus dem Lebensmittelgesetz streichen möchte, ist das für mich ungefähr so, wie wenn wir ein Kindesrecht machen würden, das sämtliche auf natürlichste Art gezeugten Kinder ausschliessen würde und nur für Retortenbabies gedacht wäre. Soviel zu dem.

Zu Absatz 2bis: Ich habe den Antrag gestellt, diesen Absatz zu streichen. Die Kommission ist mit 7 zu 6 Stimmen meinem Antrag gefolgt. Herr Kühne hat ihn jetzt wieder aufgenommen und hier in den Saal gebracht. Ich verstehe sehr gut, dass die Bauern in den unsicheren Zeiten, die wir heute haben, noch einmal und einmal mehr versuchen, handelspolitische Barrieren gegen aussen aufzustellen. Aber das passt nicht mehr in unsere Zeit! Wir können den schweizerischen Konsumgütermarkt auf die Dauer einfach nicht abschotten. Retorsionsmassnahmen wären ja auch möglich; wir hätten dann wieder entsprechende Handelskriege. Aber über das sind wir doch hinaus.

Wenn die Bauern sagen, es gehe ihnen ums Einkommen, dann verstehe ich das gut. Aber es ist hier der falsche Ort, Einkommen sichern zu wollen, weil verbesserte Einkommen via Direktzahlungen erzielt werden müssen.

Das Lebensmittelgesetz hat einzig die Konsumenten vor Gesundheitsschäden und Täuschung zu schützen, nicht aber die einheimische Produktion vor Importen.

Ich setze darauf, dass die Länder um uns herum in ökologischen Fragen nicht zurückstecken, sondern nur vorwärtsgehen können. Sie tun das zum Teil jetzt schon. Wir haben es z. B. in der Schweiz bisher nicht fertiggebracht, einheitliche Richtlinien für Fleisch und Wurstwaren aufzustellen. Oesterreich und Deutschland haben das gemacht. Wir haben es in der Schweiz noch nicht fertiggebracht, für Anforderungen an biologische Produkte eine klare Verordnung, die Hand und Fuss und überall Gültigkeit hat, aufzustellen. Die EG hat das jetzt getan.

Solche handelspolitische Barrieren können sogar dazu führen, dass unsere Bauern auf den geringen ökologischen Lor-

beeren ausruhen wollen und in dieser Richtung nichts mehr vorwärtsgeht – und uns letztlich einmal mehr das Ausland auch auf diesem Gebiet überholen wird.

Die Mehrheit unserer Fraktion lehnt also den Minderheitsantrag Gros Jean-Michel ab. Sie will die landwirtschaftliche Produktion explizit in diesem Lebensmittelgesetz belassen. Die Mehrheit unserer Fraktion ist auch für die Streichung des Absatzes 2bis.

Präsident: Die Fraktion der Auto-Partei meldet Zustimmung zur Mehrheit in Absatz 2 und Unterstützung des Antrages Kühne bei Absatz 2bis.

Wiederkehr: Wenn Absatz 2bis nicht gestrichen würde, wie würde sich das vertragen mit Artikel 37 Absatz 1 dieses Gesetzes? Darin steht: «Der Bundesrat berücksichtigt beim Erlass seiner Vorschriften internationale Empfehlungen und Aussenhandelsbeziehungen.»

Ruckstuhl, Berichterstatter: Artikel 2 Absatz 2 und Absatz 2bis: Die Differenzen zum Ständerat betreffen ausschliesslich den Absatz 2, welcher den Einbezug der landwirtschaftlichen Produktion, soweit sie der Herstellung von Lebensmitteln dient, ins Gesetz will.

Die Kommission hat diesen Artikel ein erstes Mal zu einem Zeitpunkt beraten, als Gatt- und EWR-Verhandlungen einmal mehr an einem kritischen Punkt angelangt waren. Diese Beratung diente als Grundlage zu den Ausführungen, Anträgen und Minderheitsanträgen, wie Sie sie auf der Fahne heute noch vorfinden.

Eine Minderheit Gros Jean-Michel vertritt die Auffassung, dass die landwirtschaftliche Produktion nicht ins Gesetz aufgenommen werden sollte. Schliesslich zähle das Endprodukt, das vorliege, und nicht der Produktionsablauf. Im Verlauf der Diskussion – vor allem auch in den Fraktionen – hat diese Ueberlegung immer mehr an Raum gewonnen.

Die landwirtschaftliche Produktion ist – wie das die Herren Kühne, Leu Josef und Gros Jean-Michel gesagt haben – in verschiedenen Gesetzen ausführlich geregelt. Man könnte davon ausgehen, dass nicht noch zusätzliche Regelungen notwendig sind. Ich erinnere an das Landwirtschaftsgesetz, den Milchwirtschaftsbeschluss, dann auch an die Tierschutzgesetzgebung, das Umweltschutzgesetz und das Gewässerschutzgesetz. Die Kommissionsmehrheit ist davon ausgegangen, dass die landwirtschaftliche Produktion im Gesetz verbleiben soll; sie hat deshalb damals einen Artikel 2bis aufgenommen, welcher für die importierten Lebensmittel die gleichen Bestimmungen des Gesetzes anwenden will.

Die Kommission war sich durchaus bewusst, dass die Aufnahme einer derartigen Bestimmung im Gesetz weder Gatt- noch EWR- oder EG-verträglich wäre. Sie wollte aber auch das Ergebnis der Verhandlungen abwarten.

Nun ist die Kommission zur Beratung des Lebensmittelgesetzes am 23. Januar 1992 nochmals in ihrer neuen Besetzung zusammengetreten. Sie tat das sicher nicht in der Absicht, an der Arbeit der ursprünglichen Kommission herumzuflicken. Vielmehr war sich die Kommission einig, dass unter dem Präsidium von alt Nationalrat Dietrich – ich möchte ihn auf der Tribüne als Zuschauer herzlich begrüssen – gute Arbeit geleistet worden ist. Ich danke Herrn Dietrich und auch den übrigen – verbliebenen und ausgeschiedenen – Kommissionsmitgliedern an dieser Stelle für die umfangreiche Arbeit herzlich. Sie finden die Ausführungen im – leider nicht mehr allzu stark beachteten – schriftlichen Kommissionsreferat von Herrn Dietrich, das Ihnen in der Dezembersession in Erwartung der Behandlung ausgeteilt wurde.

Gemäss Protokoll war aber beabsichtigt, Artikel 2 kurz vor der Beratung im Nationalrat im Licht – oder, ich persönlich bin geneigt zu sagen: im Dunkel – des damaligen Standes der Gatt-, EG/EWR-Verhandlungen nochmals zu beraten. Als wir in der Kommission zu dieser Beratung kamen, wurde auch diskutiert, ob eine Annahme des Minderheitsantrages Gros Jean-Michel nur redaktionellen Charakter haben könnte – wie das von verschiedenen Sprechern ausgeführt wurde –, in der Meinung, dass im Gesetz in Artikel 2 Absatz 1 bereits das Herstel-

len von Produkten und damit auch die landwirtschaftliche Produktion, soweit sie dem Herstellen von Lebensmitteln dient, erfasst werde.

In einer ersten Diskussionsrunde war man der Meinung, dass ein Streichen von Artikel 2 Absatz 2 nur redaktionellen Charakter hätte (Verweis auf Art. 2 Abs. 1 Bst. a). Dann wurde uns aber von der Verwaltung gesagt, dass für die Materialien ein derartiger Gang der Diskussion eine andere Bedeutung hätte. Wenn nämlich eine Fassung separat im Gesetz gestanden habe und durch die Kommission oder durch den Rat gestrichen werde, dann heisse das, dass es offensichtlich der Wille des Gesetzgebers sei, nicht nur redaktionell, sondern auch materiell eine Veränderung anzubringen. Die Kommission hat aufgrund dieser Ausführungen entschieden, dass der Absatz 2 im Gesetz bleibe und der Minderheitsantrag Gros Jean-Michel abgelehnt werde.

Bei Artikel 2 Absatz 2 befanden sich vor allem die bäuerlichen Mitglieder der Kommission in einer schwierigen Lage. Sie haben das auch heute in der Diskussion gehört. Einerseits sind sie der Meinung, dass sie bei der landwirtschaftlichen Produktion nichts zu verbergen haben und im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme zur Forderung nach offenen Türen auf dem Bauernhof ja sagen wollen. Andererseits haben sie Bedenken, durch zusätzliche Kontrollen mit administrativen und finanziellen Mehraufwendungen belastet zu werden, die sie in der heutigen Zeit auf niemanden abwälzen können. Die Sorge um gleich lange Spiesse mit der ausländischen Konkurrenz hat sich im Minderheitsantrag Gros Jean-Michel und in der Ergänzung von Artikel 2 Absatz 2bis, dem heutigen Antrag Kühne, niedergeschlagen.

Mit der Zusicherung, dass mit dem Einbezug der landwirtschaftlichen Produktion in dieses Gesetz in der Regel kein zusätzlicher Aufwand zu den heute schon zahlreichen Vorschriften und Kontrollen erfolge, und mit Blick auf die EG/EWR-Verträglichkeit entschied die Kommissionsmehrheit mit 12 zu 8 Stimmen, Artikel 2 Absatz 2 im Gesetz zu belassen und Ihnen zu empfehlen, den Minderheitsantrag Gros Jean-Michel abzulehnen. Mit 7 zu 6 Stimmen entschied die Kommission, Artikel 2 Absatz 2bis, wie er noch auf der Fahne steht, zu streichen. Da dieser Absatz von der Minderheit nicht mehr aufgenommen wurde, sollte er eigentlich formell heute nicht mehr auf der Fahne stehen. Weil wir aber nach der letzten Kommissionssitzung keine neuen Fahnen mehr drucken wollten, steht er noch so auf der Fahne. Wir haben aber über den Antrag Kühne mit dem gleichen Anliegen zu befinden.

Ich bitte Sie namens der Kommissionsmehrheit, der bundesrätlichen Fassung und der ständerätlichen Ergänzung zuzustimmen.

M. Philipona, rapporteur: L'introduction de la production agricole dans le cadre de cette loi constitue une nouveauté par rapport à la loi actuelle; il n'est donc pas étonnant qu'elle ait entraîné de larges discussions, en commission déjà et ici aujourd'hui. La commission s'est d'ailleurs réunie encore une fois dernièrement, pour analyser ce problème à la lumière des derniers accords internationaux et de leur évolution.

La majorité de la commission reconnaît qu'il y a une certaine logique et un certain bon sens à inclure dans la loi cette production agricole. La manière de cultiver les végétaux, d'élever et d'affourager les animaux, a indéniablement une influence très directe sur la prévention des problèmes qui peuvent surgir dans le domaine des denrées alimentaires. De plus, nous avons reçu, de la part de l'administration et du Conseil fédéral, des assurances selon lesquelles l'adjonction de cet alinéa dans la loi n'implique pas une volonté de contrôle supplémentaire qui déboucherait sur une politique chicanière en la matière. Il s'agit uniquement de prévention. Jusque là, pas de problème, cela correspond à une certaine logique, tout à fait admissible.

Ce qui pose problème, c'est l'applicabilité aux produits importés, si l'on veut mettre sur un pied d'égalité la production suisse et la production étrangère. J'en veux pour preuve la réponse que vient de donner, le 22 janvier dernier, le Conseil fédéral à la motion Maeder: «L'attitude du Conseil fédéral est dictée par le principe de la territorialité selon lequel le droit en vi-

gueur dans le pays de provenance doit être respecté.» Il en découle que les produits en provenance de l'étranger sont acceptés s'ils sont fabriqués conformément aux prescriptions du pays exportateur, même s'ils ne peuvent être produits en Suisse que sous des conditions-cadres différentes, souvent plus restrictives. Toutefois, le produit fini mis sur le marché en Suisse doit satisfaire aux exigences suisses.

Je voudrais répondre également ici aux interventions de Mme Leemann et de M. Loeb François. Selon celui-ci des contrôles de la production sont de plus en plus nécessaires; ils devraient même être plus importants que les contrôles sur les produits finis. Mme Leemann dit que les résidus dans les viandes ne peuvent pas toujours être détectés mais qu'ils peuvent être évités grâce à un contrôle à la production. J'espère qu'ils n'ont pas entièrement raison, car cela signifierait, qu'il faut fermer la frontière à toute la production étrangère qui ne peut pas être contrôlée à la production. Il y a là une certaine logique, et si l'on admet qu'on ne peut pas fermer complètement nos frontières à la production étrangère, il ne faut pas dire non plus que seul un contrôle à la production peut éviter des problèmes dans les produits.

La commission a eu des attitudes diverses devant ce problème. Elle est revenue sur ses votes à plusieurs reprises. Afin d'éviter ces discriminations entre les modes de production, la majorité a, dans un premier temps, accepté la proposition contenue à l'alinéa 2bis. Une minorité a soutenu la proposition de M. Gros Jean-Michel. Devant l'incompatibilité de l'application de l'alinéa 2bis, une majorité a décidé, lors de la dernière séance de la commission, de vous proposer d'accepter le texte du Conseil fédéral, de refuser l'alinéa 2bis qui est devenu la proposition Kühne, et de renvoyer la proposition de M. Gros Jean-Michel.

Personnellement, je ne partage pas ce point de vue. On a dit en commission que la majorité ne pouvait pas suivre M. Gros dans sa proposition de minorité pour des questions psychologiques et philosophiques. Au contraire, à mon avis, il faut la soutenir, pour une raison politique. On ne doit pas pénaliser les producteurs suisses par rapport aux producteurs étrangers.

M. Cotti, conseiller fédéral: Après bientôt deux heures de débat, on en est toujours à l'article 2. Je le comprends, étant donné l'importance de cet article. En effet, il indique le champ d'application de la loi et représente la base de la discussion ultérieure.

Le Conseil fédéral, dans son message, vous demande d'élargir le champ d'application à la production agricole. M. Gros Jean-Michel s'est engagé contre cette proposition, fort de réflexions compréhensibles mais qui, après une évaluation logique à partir de mes prémisses concernant le point précédent, ne sont pas valables. En effet, on doit tenir compte de la protection de la santé, voire des dangers potentiels d'un produit alimentaire, bien avant le contrôle à la revente. Tout le processus concernant le produit, dès sa phase de production, doit être pris en considération. Cela a d'ailleurs souvent été le cas.

Je tiens à rappeler ici que l'idée du Conseil fédéral n'est pas seulement logique dans sa conception, car chacun sait que des manipulations sur les produits peuvent être pratiquées dès le début, mais elle a été partagée par la Commission de gestion du Conseil national qui, lors de l'affaire des hormones, il y a quelques années, avait explicitement demandé au Conseil fédéral d'insérer une telle clause. Cette dernière est logique et elle est conforme à la pratique habituelle du contrôle des produits alimentaires.

Je signale cependant que cette indication nouvelle n'entraînera pas une augmentation des moyens de contrôle administratif. Les cantons, compétents en la matière, ne les élargiront pas. Ils étendront simplement ce contrôle à cette structure, avec toute la souplesse nécessaire. Dans le secteur de la protection de la santé en matière de denrées alimentaires, les contrôles administratifs sont souples et se font sur des échantillons; ils ne tracasseront en rien les destinataires. En outre, je prends note avec plaisir – Mme Zölch et M. Kühne l'ont souligné – que les agriculteurs savent que cette base de contrôle

légale, avec un minimum de contrôles supplémentaires, les favorise et les sécurise dans le traitement de leur production. En accord avec la commission, je vous invite donc à rejeter la proposition de M. Gros.

La suggestion de M. Kühne appelle beaucoup de compréhension. Nous savons à combien de problèmes est confrontée aujourd'hui l'agriculture, et nous ne pouvons pas ne pas ouvrir les yeux face à une telle proposition. Cette dernière pourrait entraîner un certain protectionnisme supplémentaire. C'est une des raisons pour lesquelles le Conseil fédéral vous demande de repousser la proposition de M. Kühne, qui est certainement en contradiction avec les futures dispositions européennes dont nous devons d'ores et déjà tenir compte.

Il y a lieu en outre de ne pas oublier l'article 37 de la loi, qui sera examiné tout à l'heure, qui indique les principes de la collaboration internationale et stipule que, «lorsqu'il édicte des dispositions d'exécution, le Conseil fédéral tient compte des recommandations internationales et des relations du commerce extérieur». Cet article incite donc le Conseil fédéral à harmoniser ses dispositions, toutes édictées sous la forme d'ordonnances, aux dispositions européennes. Il existe là une garantie suffisante que cela sera fait indépendamment de l'évolution des dispositions européennes. En effet, en la matière – M. Ledergerber l'a souligné – que l'on entre ou non dans l'Espace économique européen, que l'on adhère ou non à la Communauté européenne, il faut une harmonisation la plus vaste possible des dispositions, quel que soit dans le futur le statut institutionnel de la Suisse en Europe. Tel est l'objet de l'article 37, ce qui constitue une garantie suffisante à l'égard des préoccupations légitimes de M. Kühne.

Luder: Ich beantrage, dass zuerst über den Antrag Kühne abgestimmt wird. Ich will nämlich vor der Abstimmung Mehrheit gegen Minderheit Gros Jean-Michel wissen, ob die ausländische Landwirtschaftsproduktion gleich gehandhabt wird wie die schweizerische. Das ist für mich wichtig zu wissen. Aus diesem Grund beantrage ich, zuerst über den Antrag Kühne abzustimmen.

Abs. 2bis – Al. 2bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Kühne	76 Stimmen
Für den modifizierten Antrag der Kommission/Antrag Wiederkehr	38 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	108 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	26 Stimmen

Abs. 3, 4 – Al. 3, 4

Angenommen – Adopté

Art. 3, 3a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 3b

Antrag der Kommission

....

f. Gegenstände und Materialien, die zur Ausstattung und Auskleidung von Wohnräumen bestimmt sind, soweit sie nicht andern Gesetzgebungen unterstellt sind.

Art. 3b

Proposition de la commission

....

f. Objets et matériaux destinés à l'aménagement et à l'habillage des appartements, à moins qu'ils ne soient soumis à d'autres législations.

Angenommen – Adopté

Art. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00

Lebensmittelgesetz. Revision

Loi sur les denrées alimentaires. Révision

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Januarsession
Session	Session de janvier
Sessione	Sessione di gennaio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.011
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.01.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	53-65
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 893

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.